

Keine Aussicht auf Frieden

Hintergründe zur Gewalt in den Chittagong Hill Tracts

Eva Gerharz

Zu Beginn der 1990er Jahre war die Hoffnung groß, dass nach fast zwanzig Jahren Bürgerkrieg endlich Ruhe und Frieden einkehren würden. Der Friedensvertrag stellte in Aussicht, die Lebensbedingungen in der Region zu verbessern. Es kommt heute zwar selten zu offenen Konfrontationen, und es gibt lokale Mitbestimmung, doch die Lage bleibt schwierig. Konfliktlinien haben sich verschoben und die Dynamiken der ethnischen Grenzziehungen sind andere geworden. Der nachfolgende Text beleuchtet einige Hintergründe des Konflikts.

Trotz des Friedensvertrags Ende der 1990er Jahre zwischen der Regierung Bangladeschs und der lokalen Widerstandsorganisation PCJSS (*Parbatya Chittagram Jana Samhati Samiti*; Vereinte Volkspartei der Chittagong Hill Tracts) kommt die Region nicht zur Ruhe. Immer wieder eskalieren Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der indigenen Bevölkerung, bengalischen Siedler(inne)n und dem Militär. Meist geht es um den Zugang zu Land, se-

xuelle Übergriffe, Vergewaltigungen von Frauen und Kindern und Morde. Dass die Sicherheitskräfte an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, zeigt der Fall des 19-jährigen Romel Chakma, der durch brutale Folter durch das Militär am 19. April 2017 in einem Krankenhaus in Chittagong starb.

Gewalt auch am Morgen des 2. Juni 2017: in Longadu, einem Landkreis in Bangladeschs Bergregion Chittagong

Hill Tracts (CHT), brannten mehr als 300 Häuser. Hunderte Angehörige der indigenen Minderheiten wurden obdachlos. Eine siebzugjährige Frau kam in den Flammen ums Leben. Der Brandanschlag war ein Racheakt von bengalischen Siedler(inne)n für den Tod eines am Tag zuvor aufgefundenen bengalischen Motorradfahrers. Schnell verbreitete sich das Gerücht, dass jemand aus dem Kreis der indigenen Bevölkerung für seinen Tod verantwortlich wäre. Als am Morgen seine Leiche in einer Prozession durch den Ort getragen wurde, gingen Geschäfte und Häuser indigener Bewohner/-innen plötzlich in Flammen auf. Polizei und Militär schritten nur sehr zögerlich ein und nahmen erst in den folgenden Tagen einige mutmaßliche Täter fest. Der Fall erregte national und international Aufmerksamkeit. Indigene und ihre Unterstützer organisierten Proteste in den Provinzstädten, in der Hauptstadt Dhaka, in New York und Canberra. Sie forderten mehr Sicherheit, Gleichbehandlung und Anerkennung. Die Hoffnung, dass diese Aktionen mehr als nur symbolischer Pro-



Werbung für die Bildung der Kinder von CHT-Bewohner(inne)n

Bild: Adam Jones bei flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Fischernetze am Lake Kaptai, Rangamati – Chittagong Hill Tracts

Bild: Adam Jones bei flickr.com (CC BY-SA 2.0)

test sein könnten, erfüllte sich jedoch nicht. Longadu ist nur einer der Orte, die aufgrund komplizierter demographischer Wandlungsprozesse auf eine lange Geschichte gewaltsamer Übergriffe zurückblicken.

Koloniale Wurzeln des Konflikts

Tatsächlich reichen die Wurzeln des Konflikts in den CHT bis in die Kolonialzeit zurück. Ebenso wie die Bewohner/-innen weiter Teile Nordost-Indiens, der Wälder Orissas oder Tamil Nadus, wurden die Menschen in den Chittagong Hill Tracts als sogenannte tribale Völker (Stammesgesellschaften) eingestuft, die sich von der Mehrheitsbevölkerung nicht nur in ethnischer Hinsicht unterschieden sondern auch im Entwicklungsstand und -potential. Sie wurden als „Wilde“ oder „Unzivilisierte“ betrachtet. Ihre auf dem Brandrodungsfeldbau basierende Lebensweise (*jhum*) gilt noch heute als primitiv und rückständig. Hingegen verfügten die Chakma in der Flussebene des Karnaphuli, und die Marma im Süden und Norden der Region über Eliten, die im Laufe der Kolonialisierung zu *Rajas* (Verwaltungschefs) ernannt wurden. Diese waren unter anderem auch für das Eintreiben von Steuern zuständig. Im Jahr 1900 wurde die Region zu einem abgegrenzten Gebiet erklärt, mit besonderen Rechten für die lokale Bevölkerung: so die Produktion von Alkohol oder das exklusive Recht, Land zu erwerben. Heute blicken viele Bewohner der Chittagong Hill Tracts auf den de facto Status als autonome Region mit Nostalgie zurück und heben dessen Schutzfunktion hervor.

Die Teilung Indiens

Im Rahmen der Verhandlungen um die Teilung des indischen Subkontinents 1947 rechneten die lokalen



Eliten fest damit, dass die CHT ein Teil Indiens würden. Hatte die Region mit ihrer fast ausschließlich nicht-muslimischen und nicht-bengalischsprachigen Bevölkerung mit den Bewohner(inne)n der Ebene Bengalens kulturell kaum etwas gemein. Allerdings überwogen in diesem Fall strategische Überlegungen. Zum einen sah man die CHT als untrennbar mit Chittagong verbunden, führte dorthin doch mit dem Karnaphuli die einzige Verkehrsverbindung. Zum anderen erhielt Pakistan nur einen kleinen Teil des Punjab, sodass die Hill Tracts als Kompensation gerade recht kamen. Über der größten Stadt der Hill Tracts, Rangamati, wehte am Tag der Unabhängigkeit noch die indische Flagge – entsprechend groß war die Enttäuschung.

Die pakistanische Regierung schaffte die Sonderrechte ab und strebte eine Modernisierung im klassischen Sinn an. Eines der wichtigsten Projekte war der Staudamm in Kaptai. Angesichts des technischen Fortschritts war er der ganze Stolz der Regierung, für die lokale Bevölkerung jedoch ein Desa-

ster. Der 650 Quadratkilometer große Stausee verbrauchte rund 40 Prozent des für intensive Landwirtschaft geeigneten Landes. Weite Teile der Distrikthauptstadt Rangamati wurden geflutet, zahlreiche Menschen verloren Haus, Felder und Lebensgrundlage. Viele Chakmas flohen nach Indien oder suchten Zuflucht in den angrenzenden Bergen, wo es keine Alternative zum Brandrodungsfeldbau gibt. Von den positiven Seiten der Modernisierung hatten sie wenig. Die Arbeiter wurden von außerhalb rekrutiert, die gewonnene Elektrizität gleich in die industriellen Zentren von Chittagong geleitet.

Die Unabhängigkeit Bangladeschs – eine große Enttäuschung?

Über die Unabhängigkeit Bengalens war auch in den CHT die Freude groß. Bald nach der ersten Regierungsbildung reiste eine Delegation in die neue Hauptstadt Dhaka, um Premier Sheikh Mujibur Rahman ihre Forderungen zu einem besonderen Status darzulegen. Hatte der Sheikh



Wahlplakate in den CHT; Premierministerin Sheikh Hasina mit Sheikh Mujibur Rahman im Rücken.

Bild: Adam Jones bei flickr.com (CC BY-SA 2.0)

doch einen demokratischen und säkularen Staat versprochen. Sie wurden jedoch bitter enttäuscht. Bangladesch sei die Nation der Bengalen, die kulturell wie sprachlich homogen werden sollte.

Die politisch aktive Gruppe um Manobendra N. Larma, der die Delegation angeführt hatte, beschloss, sich dem nicht ohne weiteres zu fügen. Inspiriert von den weltweiten Umbrüchen und sich eröffnenden Möglichkeiten für Minderheiten Anfang der 1970er Jahre, gründeten sie die Vereinte Volkspartei der PCJSS. Das Verhältnis zu Dhaka wurde zunehmend schwierig. Der Gründung der Guerilla *Shanti Bahini* (Friedenstruppen) begegnete die Regierung von General Zias, nach dem Mord an Sheikh Mujibur 1975 an die Macht gekommen, mit aller Härte. Den Militäreinsatz flankierte die Regierung mit einem Siedlungsprogramm für landlose bengalische Bauernfamilien. Viele Angehörige der indigenen Völker wurden von dem Land vertrie-

ben und fanden Zuflucht in Flüchtlingslagern im benachbarten Indien. Während 1947 die indigene Bevölkerung noch 98 Prozent ausmachte, gehen Schätzungen heute davon aus, dass Bengalen die Mehrheit der lokalen Bevölkerung bilden.

Die indigene Bevölkerung litt unter Massakern, bewaffneten Übergriffen durch beide Seiten, sexuelle Gewalt gegen indigene Frauen, erzwungene Übertritte zum Islam und Zwangsheiraten mit Bengalen. Die prekäre Sicherheitslage hatte die fast vollständige Isolierung der Region zur Folge. Weder Journalist(inn)en noch Forscher/-innen durften die CHT betreten. Auch die internationale Entwicklungshilfe wurde weitestgehend eingestellt. Das Leben der lokalen Bevölkerung wurde von massiver Unsicherheit durch die militärischen Auseinandersetzungen bestimmt, von großer Armut und fehlender Infrastruktur.

Der Friedensvertrag – Hoffnung auf Entwicklung

Der Handschlag zwischen Premierministerin Sheikh Hasina und Rebellenführer Shantu Larma 2015 und das Friedensabkommen umfassten Entwaffnung und Amnestie für die Kämpfer der *Shanti Bahini*, Abzug der Truppen, Aufarbeitung der unklaren Landbesitzverhältnisse, Stärkung der dezentralen Verwaltung und Einrichtung eines Ministeriums für Angelegenheiten der CHT. Außerdem sollte die Entwicklung in der lange isolierten Region vorangebracht werden. In den CHT bildete sich schnell eine Gruppe heraus, die die Initiative unterlaufen wollte. Der Regierung hingegen diente die unsichere Situation wiederum als Rechtfertigung für die

weitere Stationierung von Truppen. Wobei das Militär eigene Interessen an der Region besitzt: Einnahmen aus dem Holzhandel und Tourismus. So ist der Vertrag bis heute nur in Teilen umgesetzt worden.

Darüber hinaus bleiben viele Landrechtsfragen ungeklärt. Die Vorherrschaft der Bengal(inn)en in der lokalen Ökonomie schreitet stetig voran. Verbesserte Transportwege stärken zwar den Handel, aber auch die von Bengalen dominierte Plantagenwirtschaft. Der Einzug moderner Kommunikationsmedien verändert Lebensstile, Zukunftsvorstellungen und Bildungsentwürfe. Junge Angehörige der indigenen Völker wandern in die industriellen Zentren des Landes nach Chittagong und Dhaka oder in andere Teile der Welt ab. Australien ist zu einem beliebten Zielland geworden.

Gleichzeitig hat sich eine aktive, lokale NRO-Szene herausgebildet. Sie erhält auch internationale Unterstützung für Entwicklungs- und Advocacy-Projekte, ist national sowie international gut vernetzt und umfasst Menschenrechtsorganisationen, Initiativen für die Rechte indigener Völker und andere Lobbynetzwerke; etwa zur Umsetzung des Friedensvertrags. Bislang jedoch ohne durchschlagende Erfolge. Das Interesse der bengalischen Mehrheit an Land und Ressourcen ist doch zu groß, als dass der Schutz der inzwischen zur Minderheit geschrumpften indigenen Bevölkerung Vorrang genießen könnte.

Zur Autorin



Eva Gerharz ist Juniorprofessorin für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum. Dieser Beitrag wurde im Rahmen des Programms *Uncovering Security* der Thomson Reuters Foundation, der Stanley Foundation und der Gerda Henkel Stiftung geschrieben.